schen Expedition des faschistischen Italiens gegen das alte äthiopische Reich. In diesen Tagen, wo die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf Mussolinis Triumphzug in Tripolis gerichtet war, landete in aller Stille ein italienisches Expeditionskorps im Gebiete von Nogal, dem nördlichen Teile des Somalilandes. (Das Somaliland ist bekanntlich eine italienische Kolonie im nördlichen Teil von Ostafrika, das in unmittelbarer Nachbarschaft von Abessinien liegt.) Die Expedition nach Nogal bedeutet den Auftakt zur Eroberung des letzten unabhängigen afrikanischen Staates Abessinien. Wir werden somit demnächst Zeugen eines neuen Kolonialkrieges sein. „Das napoleonische Jahr des Faschismus", beginnt also unter dem Zeichen einer Expansionspolitik Italiens in Tripolis, am Dodekanes und in Abessinien. Diese Expansionspolitik führt nicht nur zu Kämpfen mit den außereuropäischen Völkern, sondern sie zeigt auch, zwischen welchen europäischen Ländern sich die Gegensätze verschärfen werden. Wir sehen deutlich, wie am Mittelmeere der französische Imperialismus auf der einen Seite und der englisch-italienische auf der anderen Seite gegeneinander stoßen.

Die Offensive des italienischen Imperialismus und das Gehaimabkommen mit England über die Aufteilung Abessiniens zeigt noch einmal das wahre Gesicht des heutigen Europas. Der ganze Völkerbundsrummel der imperialistischen Staaten Europas ist aber ein Ablenkungsmanöver, das das werktätige Volk Europas über die Kriegspolitik des modernen Imperialismus täuschen soll. Wölfe, auch wenn sie einen Schafspelz anziehen, bleiben doch immer Wölfe. Und ein Chamberlain, ein Mussolini und wie sie alle heißen, können noch so viel vom Frieden reden, sie bleiben doch Imperialisten, die sich zu einem neuen Völkergemetzel vorbereiten. Und das große Verbrechen der internationalen Sozialdemokratie besteht eben darin, daß sie den pazifistischen Phrasenrummel von Genf mitmacht, statt ihn zu entlarven. Noch in diesen Tagen entrüstete sich der „Vorwärts" über die Note Tschitscherins an das Generalsekretariat des Völkerbundes, in welcher der Schwindel der „Abrüstungskonferenz" aufgedeckt wurde. Früher als man es eigentlich erwarten konnte, werden nun die Ausführungen Tschitscherins durch die Expansionspolitik Italiens bestätigt. Die ganze Heuchelei des Geredes über einen Völkerbund in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung wird noch dadurch ganz besonders gekennzeichnet, als Abessinien, das jetzt erobert werden soll, ebenfalls, wie England und Italien Mitglied des Genfer Völkerbundes ist. Gerade diese Tatsache zeigt von neuem, daß von einem wahren Bund der Völker erst dann gesprochen werden kann, wenn die Voraussetzung dazu geschaffen ist. Und diese Voraussetzung besteht in der Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus. Je rascher das werktätige Volk aller Länder diese Wahrheit begreift und sich vom Rausch sozialdemokratischer Friedensillusionen befreit, desto eher wird sich sein Ideal verwirklichen lassen, nämlich: „Die Union der Räterepubliken der ganzen Welt!"

Der Parteivorstand für die Disziplinbrecher

Aus dem bürgerlichen „Berliner Tageblatt" erfährt man Näheres über die Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses, die sich mit dem Disziplinbruch der 23 sächsischen Abgeordneten beschäftigt hat. Danach hat der Parteivorstand von vornherein unter der Maske der Objektivität für die Disziplinbrecher Partei ergriffen und vorgeschlagen, die Erledigung der Angelegenheit einem Schiedsgericht zu übertragen, in dem Rechts- und Linkssozialisten durch die gleiche Anzahl von Mitgliedern vertreten sein werden und in dem der Vertreter des Parteivorstandes den Ausschlag gibt. Das Ergebnis dieses Verfahrens ist bereits festgelegt durch den Beschluß des Parteiausschusses, daß der Parteivorstand allen Versuchen, die Einheit der SPD. zu zerstören, energisch entgegentreten soll. Zwar haben in der Diskussion des Parteiausschusses sich viele Diskussionsredner gegen die Dreiundzwanzig gewandt und ihnen die Schuld an der in Sachsen eingetretenen Spaltung zugeschoben. Aber der Parteivorstand wird den Beschluß des Parteiausschusses so auslegen, daß dadurch die Vertreter der sächsischen SPD.-Organisation zur Nachgiebigkeit gegenüber den Rechtssozialisten gezwungen werden.

Wie groß die Beunruhigung bei den sächsischen SPD.-Mitgliedern über die Haltung des Parteivorstandes ist, beweist eine Resolution des 16. Unterbezirks (Chemnitz), worin es heißt:

„Wenn bezüglich der Mehrheit der Fraktion dem Ausschlußantrag nicht zugestimmt, so bedauert die Versammlung, daß der Parteivorstand in Berlin von seinem nach dem Heidelberger Parteitagsbeschluß zustehenden Entscheidungsrecht nicht Gebrauch gemacht hat. Er hat leider eine endgültige Entscheidung unverständlicher Weise abgelehnt."

Diesen Beschluß erläutert der Vorstand des 16. Unterbezirks in einer namentlich unterzeichneten Erklärung, die dem Parteivorstand in Berlin einen Vorwurf macht, daß er nicht eine endgültige Entscheidung getroffen habe. Nach Auflösung der Chemnitzer SPD. hätte der Parteivorstand „durch ein entschiedenes Ja oder Nein der Sache der Gesamtpartei mehr gedient. Die Ereignisse der letzten Tage bestätigen diese Auffassung." So unzweideutig diese Formulierung ist, so deutlich schiebt sie doch dem Berliner Parteivorstand die Hauptschuld an der Entwicklung in Sachsen zu. Der Ausgang des vom Parteiausschuß eingeleiteten Schiedsgerichtes wird die Chemnitzer SPD.-Mitglieder noch mehr in ihrer Auffassung bestärken, daß der Parteivorstand nach wie vor die stärkste Stütze der rechtssozialistischen Disziplinbrecher darstellt.

Die Münchner Besprechungen

„Die Herren wollen nicht gestört sein!"

Ueber den Inhalt und Zweck des Besuches der Reichsminister Luther, Kuttner und Reinhold in München wurde gegenüber der Oeffentlichkeit nichts Näheres bekanntgemacht. Die Presse der Bayerischen Volkspartei begnügte sich mit gewundenen Sätzen und indirekten Andeutungen, welche die partikularistischen (genannt „föderalistischen") Hoffnungen betonten.

Neben Auseinandersetzungen über den Finanzausgleich, wobei Bayern die besonderen Rechte seiner „Eigenstaatlichkeit" verteidigte, wurden als „praktische Einzelfragen" die Sabotage des Volksentscheids für die Fürstenenteignung und der Kampf gegen die Kommunisten besprochen.

Es ist ganz klar, daß die Reichsregierung mit der Sabotage des Volksentscheids nicht nur den staatlichen Machtapparat zum Schutze des kapitalistischen Eigentums der fürstlichen Räuber einsetzen, sondern auch zugleich der bayerischen Monarchisten-Regierung damit einen besonderen Gefallen erweist.

Zum Kampf gegen die Kommunisten ging bereits kürzlich von der bayerischen Regierung die Initiative aus, eine Besprechung der Polizeiminister aller süddeutschen Staaten abzuhalten.

Während der Anwesenheit der Reichsminister in München versuchten Arbeiterdelegierte aus den Münchener Betrieben, von den Erwerbslosen, vom Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit und von der KPD. bei ihnen die Forderungen der Arbeiterschaft gegen die Verfassungsbrüche der bayerischen Regierung vorzutragen. Trotz starker Besetzung mit blauer Polizei und politischer Polizei, gelang es der Delegation, bis ins Vorzimmer einzudringen. Der Ministerialrat Schelle horn ließ sie aber durch Beamte der politischen Polizei hinauswerfen, nachdem er erklärt hatte: „Es ist alles — auch die Essenszeit — programmäßig vorbereitet. Die Herren wollen nicht gestört sein!" Mit diesem Hohn entwürdigte die Reichsregierung auf die Forderung der bayerischen Arbeiter nach ihrer „verfassungsmäßigen" Rechten.

Fürwahr: eine feine „demokratische" Regierung, eine feine „demokratische" Politik!

Der bayerische Ministerbesuch zeigt, wie alle anderen gegenwärtigen politischen Ereignisse den bürgerlich-„demokratischen" Staat als einen Unterdrückungsapparat zugunsten der Kapitalisten und Monarchisten, an dessen politischer Spitze jetzt die bürgerliche Reichsregierung steht.

Keine Besserung der Wirtschaftskrise in Sachsen

Das Landesamt für Arbeitsvermittlung veröffentlicht über die Lage auf dem sächsischen Arbeitsmarkt für die Zeit vom 11. bis 17. April einen Bericht, aus dem ersichtlich ist, daß sich die Wirtschaftskrise in Sachsen noch keineswegs gebessert hat. Mit Ausnahme einer geringen Besserung im Baugewerbe ist in der Industrie keinerlei Besserung zu verzeichnen. Ungünstig ist vor allem die Lage in der Metall-, Papier- und Lederindustrie. Den Vermittlungen stehen zahlenmäßig größere Entlassungen gegenüber. Im Bericht selbst werden Zahlen über den Stand der Erwerbslosen nicht angegeben. Auf jeden Fall ist aber mit einem Rückgang der Erwerbslosenziffern absolut nicht zu rechnen.

Kongreß der christlichen Gewerkschaften

Essen, 22. April. (Eigener Drahtbericht.) In Duisburg wurde Sonntag der 11. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands durch eine Begrüßung des Reichsarbeitsministers Brauns eingeleitet. Nach Brauns sprach der Bischof von Paderborn, der Oberpräsident Gronowski, der Generalsuperintendent Dr. Zöllner und andere Vertreter der Regierung und des kulturellen Lebens. Adam Stegerwald hielt eine programmatische Rede, in der er gegen das Reichsbanner Stellung nahm. Der christliche Gewerkschaftsführer Imbusch erklärte, daß die christlichen Gewerkschaften anfangs nach Möglichkeit versucht hätten, mit dem Unternehmertum in Frieden auszukommen, daß man aber auf das unsoziale Unternehmertum gestoßen sei, auf eine unverschämte klassenmäßige und gesellschaftliche Abneigung gegen die Arbeiter. Die Arbeitsgemeinschaft beruhe nicht auf einer Aenderung des Geistes. Sie ist vielmehr eine „Hagelversicherung" für die Unternehmer gewesen, den Gefahren der Revolution aus dem Wege zu gehen. Nach Beseitigung dieser Gefahren habe man wieder die Maske fallen lassen.

Neuwahlen in Schwerin

Schwerin, 21. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Landtag hat heute mit 37 gegen 23 Stimmen ein von den Deutschnationalen beantragtes Vertrauensvotum für die Regierung Brandenstein abgelehnt. Gegen das Vertrauensvotum stimmten die Kommunisten, Sozialdemokraten, die Wirtschaftspartei, Demokraten und die völkischen Gruppen. Für das Vertrauensvotum stimmten die 23 Vertreter der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei.

Der Landtag wird nächste Woche zusammentreten und über seine Auflösung und Neuwahlen am 20. Juni beraten.

Rückzug der englischen Kohlenbarone?

Nachdem die englischen Kohlenunternehmer mit dem Ministerpräsidenten Baldwin eine neuerliche Besprechung gehabt haben, verlautet, daß sie eine gewisse Nachgiebigkeit an den Tag legen werden. Da der Bergarbeiterverband erklärt hat, daß er keinerlei neuen Verhandlungen zustimmt, ohne daß die Unternehmer im voraus ihre bisherige Absicht, statt des zentralen Lohntarifs Bezirkstarife abzuschließen, endgültig aufgeben, scheinen jetzt die Unternehmer vor dem bevorstehenden Kampf zurückzuschrecken und mit den Bergarbeitern auf dieser Grundlage neue Verhandlungen einleiten zu wollen. Möglicherweise handelt es sich aber um ein bloßes Manöver der Unternehmer. Von den bereits bekannten Erklärungen englischer Arbeiterführer zu der Krise des Bergbaues ist besonders die Henderssons, eines rechten Führers der Parlamentsgruppe, von Bedeutung. Henderson erklärte, daß die gesamte gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung Englands vorbehaltlos hinter den Forderungen der Bergarbeiter stehe in bezug auf Ablehnung einer Lohnkürzung oder einer Arbeitszeitverlängerung und auf Festhalten an dem zentralen Tarif. Auch bekannte Eisenbahnerführer erklärten die Solidarität mit den Bergarbeitern.

Neben dem bereits gemeldeten Konflikt in der Metallindustrie verschärft sich auch der in der Bauindustrie. Coppock, der Sekretär der englischen Baugenossenschaften, erklärte, daß es möglicherweise im Baugewerbe zu einer schweren Auseinandersetzung kommen wird, weil die Unternehmer auch hier, wie im Bergbau, an Stelle des zentralen Lohntarifs letzte Tarife einführen möchten.

Rücktritt des polnischen Kabinetts

Warschau, 22. April. (Eigener Drahtbericht.) Das wachsende Wirtschaftselend, der Zloty-Sturz, die Hungerrevolte der Arbeitslosen, die täglichen Massakers der Polizei unter den Werktätigen Polens, haben die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei veranlaßt, aus der offenen Koalition mit den bürgerlichen Parteien auszutreten. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes" hat Ministerpräsident Skrezynski gestern mittag die Demission des gesamten Kabinetts überreicht. Der Präsident hat die Demission jedoch nicht angenommen. Die Bourgeoisie holt zu neuen Schlägen gegen die polnischen Arbeiter aus.

Gegen den Strom

Von Ignaz Wrobel

Ein erschütterndes Zeitdokument liegt vor mir: „Gegen den Strom", Aufsätze aus den Jahren 1914—1916 von W. Lenin und G. Sinowjew (bei Carl Hoym in Hamburg). Die fünfhundert bedeutendsten Seiten, die im Kriege geschrieben worden sind.

Die Verfasser flüchteten bei Kriegsausbruch aus dem österreichischen Galizien in die Schweiz, dort gaben sie den „Sozialdemokraten" heraus, dann eine Nummer des „Kommunisten", dann zwei Hefte des „Sammelbuchs des Sozialdemokraten". Dieser Sammelband eben hieß: „Gegen den Strom", Gegen welchen —?

* * *

Die Sozialdemokraten der großen kriegführenden Länder waren gleich zu Beginn glorreich umgekippt. Noch in den letzten Julitagen konnte man in Frankreich und in Deutschland sozialistische Proteste lesen, die den Krieg als das charakterisierten, was er war: als einen imperialistischen Streit kapitalistischer Gruppen, dessen Ausgang dem Proletarier auf keinen Fall Gutes bringen konnte; Sieg und Niederlage waren in der Tat für den Arbeiter, der kein Vaterland hat, gleichgültig. Zu Beginn des August las man anders. Da erließ jede Fraktion in jeder Hauptstadt der europäischen Reiche eine Erklärung, daß dieser Krieg auch ihr Krieg sei. „Das Vaterland ist in Gefahr . . . . Verteidigung des Landes . . . Kultur und Unabhängigkeit unseres eigenen Landes . . . . kein Eroberungskrieg . . ." Es war das Ende der Internationale, auf die sich übrigens die Waschlappen alle beriefen. Gegen diesen Riesenschlamm kämpft das Buch.

Was zunächst auffällt, ist der ununterbrochene, trommelnde, niemals nachlassende, nie aussetzende Kampf gegen die Verpfuscher des Klassenkampfes. Die militärische und kapitalistische Gegenseite wird als bekannt unterstellt, sie ist wissenschaftlich festgelegt, hier wundert nichts mehr. Was aber den paar Russen beinah noch gefährlicher erschien und es auch war, ist dies: eine „Klassenkampf" plakatierende Partei lockt die Massen zu sich, läßt sie ein, verspricht ihnen Befreiung und Umsturz, verrät sie, als es zum Klappen kommt — und beabsichtigt, das Spiel nach dem Kriege fortzusetzen. Hier war einzusetzen, hier haben sie eingesetzt.

Das ganze Kriegsverbrechen der 2. Internationale, der königlich preußischen, der braven französischen, der revisionistischen russischen Sozialdemokratie geht aus diesen Aufsätzen hervor, die anklagen, nachweisen, das Urteil sprechen.

Uns interessiert am meisten das Urteil über die deutschen Kriegskreditbewilligen, über die Herrliches gesagt wird. „Ebert", so schrieb neulich ein Leser der „Weltbühne", hätte doch nicht die von Wrobel gewünschte Haltung einnehmen können; vor 1918 wäre er bestimmt zum Sandhaufen verdammt worden." Lenin: „Man hätte uns verhaftet! soll in einer Arbeiterversammlung in Berlin einer der Reichstagsabgeordneten gesagt haben, die am 4. August für die Kriegskredite stimmten. Darauf riefen ihm die Arbeiter zu: Na, wenn schon!" Es ist ganz richtig, wenn von Feiglingen, die „Wissenschaftlichkeit" über ihren traurigen Mangel an Mut und Charakter decken, heute gesagt wird: Eine Revolution konnte man damals nicht machen — weil man überhaupt keine Revolution „machen" kann. Wer hat das verlangt? Lenin: „Ueber die Stellungnahme zum Kriege konnten sich (1914) einigermaßen fest nur eine Hundvoll Parlamentarier äußern, das heißt: ohne sofort gepackt und in die Kaserne geschleppt zu werden, ohne von unmittelbarer Erschießung bedroht zu sein, ausschließlich eine Handvoll Parlamentarier. Sie stimmten fast, rechtsgemäß, sie konnten noch dagegen stimmen — dafür wurde man nicht einmal in Rußland geschlagen oder mißhandelt, ja nicht einmal verhaftet . . ." Und wenn sie es getan hätten?, fragt die Gegenseite. Wäre dann der Krieg abgebrochen worden. Nein. Aber die Massen, Unorganisierte und besonders Organisierte hätten Mut bekommen, hätten den Krieg besser durchschaut und hätten Das getan, was man ihnen heute in Deutschland vorwirft, und was sie selber nicht getan haben: sie hätten die Front erschüttert.

Denn hier scheiden sich die Wege: der breite der Kautsky, Bernstein, Südekum, Scheidemann, Ebert — und der schmale, der zum Ziel führt. Der Arbeiter hat kein Vaterland; er kämpft, wenn er dieses „Vaterland" verteidigt, einzig und allein für den Wechsel seiner Ausbeuter, und im großen Ganzen kann ihm gänzlich gleichgültig sein, unter welcher Fahnenfarbe er ausgenutzt wird. Was wir erlebt hätten, wenn Deutschland geschlagen hätte, ist nicht auszudenken. Daß Staaten nach ihren Niederlagen meist weniger reaktionär sind als nach einem Sieg, den sie als Reklame für ihr System plakatieren, zeigt nur, welche immense Schuld die deutsche Sozialdemokratie nach dem Kriege auf sich geladen hat: es ist geradezu ein Kunststück, einen besiegten Staat in so kurzer Zeit weit unter sein Vorkriegsniveau zu treiben und noch reaktionärer werden zu lassen.

Karl Kautsky wird immer sachlich widerlegt. Die großen Verdienste Eduard Bernsteins werden stets anerkannt, wenn der entsetzliche Schaden, den er seiner Seele beigebracht hat, gezeigt wird. Bernstein — Ich sah ihn zum ersten Male in den Tagen des Kapp-Putsches; meine ersten Worte nach der Begrüßung waren eine gerechte Charakterisierung Noskes, der damals gerade auf Reisen war; er immer vornweg, seine Schützlinge hinterher. Leider haben sie ihn nicht bekommen. Bernstein lief rot an und nahm höflich den Renegaten in Schutz. Ich stand da, mit dem Hut in der Hand; vor mir der, von dem ich wußte, daß er durch Duldung der Verbannung sein Bestes für die Partei gegeben hatte, ein Mann, dessen Haar grau geworden war in Uneigennützigkeit. Ich schwieg. Es war schwer, zu schweigen. Denn er war die Gefahr.

Die Gefahr, der Millionen erlegen waren. Die Gefahr des Klassenkampf-Plakats, hinter dem nichts stand, nichts als kleinbürgerliche Demokratie, Reformmeier, kleine Weltverbesserer, die „Mißstände abstellten". Betrogen die Arbeiter, betrogen die Gläubigen, die Opfernden, die jungen Menschen und die ergrauten. Und wofür —? Ein Glanzstück des Werkes: „Die deutsche Sozialdemokratie und die zukünftige Internationale" bringt ein Zitat aus den Preußischen Jahrbüchern, das das ganze Elend in einen einzigen Satz fängt. Es ist nach der „patriotischen" Haltung der Sozialdemokraten im Reichstag. „Selbstverständlich haben unsere sozialdemokratischen Mitbürger durch die Erfüllung vaterländischer Pflichten keinen Nebenanspruch auf Entschädigung erworben." Judas, und nicht einmal dreißig Silberlinge.

Abseits war das Streben der Massen nach wirklichem Kampf, die Friedenssehnsucht, das dumpfe Streben aus den Gräben herauszukommen — abgesaugen und unschädlich gemacht. Sie zahlten noch immer ihre Mitgliedsbeiträge — aber die Partei war längst tot.

Und wie kläglich wirkt solchem Buch gegenüber der maßgebende Typus des deutschen Sozialdemokraten, der es wagt, Wilhelm Liebknecht zu feiern, der Mann, auf den er jedes Anrecht verloren hat. „Wilhelm Liebknecht gehörte der agitatorischen Periode des Sozialismus an." So kann man's auch nennen. „Reinhardt", sagt der Schmierendirektor der Provinz, „muß historisch erklärt werden." In solchem Wust von Charakterlosigkeit, Sequenzlichkeit, Beharrungsvermögen und Blindheit vor den eigenen Niederlagen wirken die Russen wie die ersten Chemiker im Zeitalter der Alchemie; wie die ersten Astronomen inmitten astrologischer Quacksalber. In diesem Scheidewasser lösen sich auch die künstlichen Kristalle: ich weiß, wie schmerzlich es ist, eingeordnet zu werden. Alles sträubt sich dagegen, wenn Marxismus ein „Reaktionär" genannt wird, weil er ja auch noch eine Kleinigkeit mehr war. Aber doch nur eine Kleinigkeit, und auf die kommt es nicht an. Nein, es kommt nicht auf sie an. Das ist hier mit kühlerner Mathematik bewiesen.

Der Kampf gegen die falschen Freunde, die schlimmsten Feinde in einem Krieg, der, wie sich heute deutlich zeigt, gegen die Arbeiter geführt worden ist — dieser Kampf tobt durch das ganze Buch. Und doch ist der Zorn dieser beiden so ganz anders als die Wut auf der anderen Seite.

Ich kenne viele deutsche Sozialdemokraten, die gerade Krämpfe bekommen, wenn von den Leuten, die links von ihnen stehen, die Rede ist. Diese blauroten Köpfe, diese lallenden Fistelstimmen, dieses Gefuchtel mutet sonderbar an. Woher der Eifer —? Die Wut dieser Arrivierten, dieser kleinen Beamten, die in ihrer „Organisation" nicht gestört werden wollen, dieser Knaben, die in dem Augenblick, wo sie in der Regierung sitzen, alles vergessen, was sie vorher gepredigt haben, um in die Regierung zu kommen — diese Wut ist mit dem Seelenzustand eines angebundenen Haushundes zu vergleichen, dem sich das Fell sträubt, wenn nachts, in der Ferne, die Stimme des Wolfs ertönt. Es ist nicht der Wolf, der heult. Es ist der Bruder, der ruft, der fast vergessene Bruder, den der Hund verraten hat, als er des Freßnapfs halber zum Menschen ging, um die Herden zu bewachen. — Der Hund reißt an der Kette und kläfft — In seinem wütenden Gebell ist Haß, Furcht und ganz, ganz zu unterst Neid, Scham, Gewissensbisse nach der Freiheit, die der andere, der hungrige Vagabund, genießen darf. Zurück Sehnsucht! Weg Freiheit! Ich bewache die Hütte meines Herrn! Zweifle ja nicht an meiner satten Treue — Kein Haß ist so groß wie der des Haushundes gegen den Wolf.

Diese beiden haben gehandelt und haben gesiegt. Und sie wußten nicht, daß sie siegen würden — wieviel Lenins, wieviel Sinowjews sind vor 1914 als Emigranten verhungert, umgekommen, untergegangen, in Sibirien erfroren! —, aber sie wußten, daß die Idee eines Tages siegen würde. Sie sind glücklich zu preisen: sie haben es erlebt.

(Weltbühne Nr. 15.)

S. M. Eisenstein, der Regisseur des großen russischen Spielfilms „Panzerkreuzer Potemkin", weilt gegenwärtig in Berlin, um der Aufführung seines Werkes, die in Kürze stattfindet, beizuwohnen. Der Film steht im Verleih der Prometheus-Film-Verleih- und Vertriebs-G. m. b. H.